



Durchschaubares Wahlkampf- und Ablenkungsmanöver der katholischen Bischöfe

Den Aufruf der katholischen Bischöfe, die Alternative für Deutschland nicht zu wählen, bewertet der stellvertretende Bundessprecher der AfD, Stephan Brandner, als billiges Ablenkungsmanöver und Anbiederungsversuch der katholischen Kirche an das linke Establishment. Zudem agitierten die Bischöfe an den Mitgliedern vorbei.

„Der katholischen Amtskirche laufen seit Jahren die Mitglieder in Scharen weg, auch ich habe sie im letzten Jahr nach 57 Jahren Zugehörigkeit verlassen. Das Bodenpersonal war zunehmend unerträglicher geworden. Die staatlich alimentierten Bischöfe sehen sich mit ihren eigenen widerlichen Skandalen konfrontiert und haben nun wirklich die Chuzpe, in die Polithetze gegen die einzige Opposition einzustimmen. Das ist an Dreistigkeit, Selbstverliebtheit und Durchschaubarkeit kaum zu überbieten. Selbst am Tropf der Regierenden hängend, wird von den deutschen Führern der katholischen Kirche offenbar erwartet, dass sie derartige billige Wahlkampfmanöver fahren und anheizen. Sie gieren nach Zustimmung aus der linken, Deutschland ablehnenden Blase und wissen nicht, dass sie die niemals bekommen werden. Die Kirchenfürsten sollten sich daran erinnern, wofür die katholische Kirche seit etwa zweitausend Jahren steht. Und das war bestimmt nicht, auf ehrlichen, unbequemen Bürgern herumzutrapeln. Umso besser, dass nach harscher AfD-Kritik die Bischöfe nun zurückrudern und feststellen, dass deren Gebaren auch kirchenrechtlich nicht haltbar ist. Es war also nichts als ein peinlicher populistischer Schnellschuss.“



Erhöhung der Rundfunkgebühren völlig inakzeptabel - drastische Senkung ist das Gebot der Stunde

Die Rundfunkgebühren in Deutschland sollen nach einer Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) um 58 Cent auf 18,94 Euro monatlich steigen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kritisiert diese Empfehlung scharf und weist darauf hin, dass die AfD eine vollständige Abschaffung der Beiträge fordere:

„Anstatt die Bürger immer weiter auszunehmen, sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich endlich deutlich gesund schrumpfen. Wir werden, sobald wir in auch nur einem Bundesland in Regierungsverantwortung sind, die Rundfunkstaatsverträge kündigen und auf eine Grundversorgung, die ohne Zwangsgebühren auskommt und sich auf den eigentlichen Programmauftrag konzentriert, hinarbeiten. Die immer wieder aufgewärmten Propagandaelemente des heutigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks braucht kein Mensch. Und die hemmungslose, millionenteure Rundumversorgung von Staatsfunkgroßverdienern schon gar nicht.“



Aktuelle Videos



Altparteien im Panikmodus



**Ampel sägt Demokratie ab!
5 Fragen - 5 Antworten**



Best of Phoenix-Runde



**STEPHAN
BRANDNER**

3

Meine Termine in der 8. KW

19

- **Fraktionsvorstandssitzung**
- **Sitzung der Landesgruppensprecher**
- **Bundesvorstandssitzung**

20

- **Arbeitskreis Recht**
- **Vorbereitungstreffen Delegationsreise**
- **Landesgruppensitzung Thüringen**
- **Sitzung der Arbeitskreisleiter**
- **Fraktionssitzung**
- **Mitarbeiterbesprechung**
- **Abendveranstaltung**

21

- **Rechtsausschuss**
- **Anhörung Bürokratieabbau**
- **Dienst als Parlamentarischer Geschäftsführer**
- **Fragestunde**
- **Vermittlungsausschuss**

22

- **Dreh 5 Fragen - 5 Antworten**
- **Ältestenrat**
- **Teilnahme an der Phoenix-Runde**
- **Dienst als Parlamentarischer Geschäftsführer**
- **Reden zu Lobbyismus und Bundesverfassungsgericht**

23

- **Fototermin für die Bundestagsfraktion**
- **Büroarbeit**
- **Dienst als Parlamentarischer Geschäftsführer**
- **Fahrt nach NRW**

24

- **Grußwort Landesparteitag NRW**
- **Flug nach Erewan**

25

- **Erste Programmpunkte der Depegationsreise**



Stephan Brandner

AfD



**STEPHAN
BRANDNER**

Mittwoch, 21. Februar 2024

Fragestunde zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

Stephan Brandner fragt am Mittwoch zum Digital Services Act oder Digitale-Dienste-Gesetz den Parlamentarischen Staatssekretär Benjamin Strasser hinsichtlich weiterer geplanter Zensurmaßnahmen: "Mit dieser Möglichkeit, die jetzt eingeräumt wird durch die Weiter- oder Fortentwicklung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes auf europäischer Ebene, wird es möglich, in ganzen Problemvierteln das Internet, die Netzwerke abzuschalten, beispielsweise bei Protesten oder bei Demonstrationen. (...) Bisher ist mir so etwas eigentlich nur aus totalitären Staaten bekannt. Wie sieht denn das FDP-geführte Justizministerium diese Entwicklung und diese Horrorfantasien eines EU-Kommissars, bei Demonstrationen einfach mal alle Netze abzuschalten?"

Zudem mahnt Brandner an: „Sie delegieren die Möglichkeit, Zensurmaßnahmen durchzuführen, auf eine Kommission mit einer Präsidentin, die niemals direkt gewählt wurde, sondern nur in Hinterzimmern ausgetauscht wurde. Wie ist das vereinbar mit einem liberalen Gesellschaftsansatz und der Souveränität Deutschlands, dass in der Europäischen Union im Rahmen eines Krisenreaktionsmechanismus scharfe Zensurmaßnahmen angeordnet werden können?“ Weitere Fragen Stephan Brandners widmeten sich dem Bereich des geplanten Selbstbestimmungsgesetzes.

Bundestag lehnt Einsprüche gegen Ordnungsrufe ab

Der Bundestag hat am Mittwoch zwei Einsprüche des Abgeordneten Stephan Brandner gegen ihn erteilte Ordnungsrufe zurückgewiesen. Der Abgeordnete hatte beide Ordnungsrufe am Freitag, 2. Februar, in der 152. Sitzung des Bundestages erhalten. Der erste Ordnungsruf wurde während der Aussprache zur dritten Lesung des zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes unter Leitung von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas erteilt. Bas sprach den Ordnungsruf aus, weil der Abgeordnete angeblich ein Verfassungsorgan als Rattenloch bezeichnet hatte. Brandner entgegnete jedoch: „Die Behauptung, ich hätte ein Verfassungsorgan als „Rattenloch“ bezeichnet, entspricht nicht der Wahrheit. In meiner Rede nahm ich Bezug auf die nachfolgende Äußerung des Bundespräsidenten: „Wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern kaputtmachen.“ Die Bezeichnung „Rattenloch“ bezog sich nicht auf den Bundespräsidenten selbst, sondern auf dessen Residenz.“

Der zweite Ordnungsruf war während der Debatte zur Anerkennung der Gruppen Die Linke und BSW ausgesprochen worden. Die sitzungsleitende Vizepräsidentin Petra Pau hatte den Ordnungsruf erteilt, weil der Abgeordnete die Vizepräsidentin angeblich herabgewürdigt hatte. Er sprach in seiner Rede davon, dass die ehemalige Fraktion der Linken Sonderrechte, also „Extrawürste“ zugesprochen wurden. Während seiner Rede dazu sagte er: „Eine Extrawurst sitzt hinter mir.“ Immerhin wird der AfD-Bundestagsfraktion bis heute der Sitz im Präsidium des Bundestags, also die Besetzung des Postens des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags verwehrt. Brandner entgegnete auf den Ordnungsruf: „Als Mitglied der neu gegründeten Gruppe die Linke, war die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau von den Abstimmungen während der genannten Tagesordnungspunkte selbst betroffen und hätte daher aufgrund von Befangenheit die Sitzung des Deutschen Bundestages nicht leiten dürfen. Somit ist auch der Ordnungsruf, den mir die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau erteilt hat, rechtswidrig und aufzuheben, da meine Äußerung, hätte sie sich nicht auf eine Bundestagsvizepräsidentin bezogen, nicht geahndet worden wäre.“



Donnerstag, 22. Februar 2024

Aktuelle Stunde - Streit über Bezahlkarte für Asylsuchende

Der Bundestag hat sich am Donnerstag mit der Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende befasst. Hintergrund der Aktuellen Stunde ist eine Debatte innerhalb der Koalitionsfraktionen aber auch zwischen Landes- und Bundespolitikern, ob für diese Bezahlkarte eine bundesgesetzliche Regelung nötig ist. Für René Springer (AfD) dagegen ist „unser ungeschützter Sozialstaat“ einer der Hauptgründe für die hohe Zahl an Asylsuchenden. „Wovor flieht denn jemand, der schon in Italien oder Griechenland Schutz gefunden hat?“, fragte er. Die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen nannte er „längst überfällig“ und kritisierte, dass die Bezahlkarte nur ein kleiner Schritt in diese Richtung sei. „Wir brauchen ein striktes Sachleistungsprinzip: Brot, Bett und Seife für Asylbewerber“, fasste Springer seine Haltung zusammen.

Geschäftsordnungsdebatte - Ja zur Änderung des Verhaltenskodex

Der Bundestag hat am Donnerstag Geschäftsordnung geändert. Durch die Änderung soll die Möglichkeit entfallen, die Angabe der jährlichen finanziellen Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung, von Zuwendungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand und Schenkungen Dritter sowie der Jahresabschlüsse oder Rechenschaftsberichte juristischer Personen zu verweigern. Außerdem werden die Befugnisse der registerführenden Stelle wiedergegeben. Stephan Brandner stellte in seiner Rede dazu fest: „Es ist egal, was die Regierung in die Geschäftsordnung reinschreibt, denn sie hält sich ohnehin nicht daran.“ „Die Regierung will den Lobbyismus gar nicht eindämmen, weil Sie alle davon profitieren“, so Brandner weiter.

Recht - Verfahrenskommunikation mit dem Bundesverfassungsgericht künftig elektronisch möglich

Der Bundestag hat am Donnerstag die gesetzlichen Grundlagen für die „sichere elektronische verfahrensbezogene Kommunikation“ mit dem Bundesverfassungsgericht geschaffen. Die Regelungen sollen im Wesentlichen „den bereits bestehenden Regelungen zum elektronischen Rechtsverkehr in der Zivilprozessordnung und den vergleichbaren Regelungen der anderen Fachprozessordnungen“ folgen. Auch die Führung elektronischer Akten soll mit dem Gesetz geregelt werden. Ferner soll „für bestimmte Forschungsvorhaben die Möglichkeit früherer Einsichtnahme in Altunterlagen des Bundesverfassungsgerichts“ eröffnet werden. Stephan Brandner entgegnete in seiner Rede dazu: „Digitalisierung kann man machen, aber ohne Zwang. Die Regierung schießt hier deutlich über das Ziel hinaus.“ „Wichtiger wäre es, die wahren Probleme anzugehen. Warum wird kein einziger Verfassungsrichter berufen, ohne dass er von einer der Altparteien vorgeschlagen wird“, fragt Brandner in seiner Rede und führte weiter aus, dass die Entpolitisierung des Bundesverfassungsgerichts eine der drängendsten Fragen ist, für die die AfD die Lösung bereit hält.



STEPHAN
BRANDNER

Freitag, 23. Februar 2024

Gesundheit - Bundestag verabschiedet Cannabis-Legalisierung

Der Bundestag hat am Freitag nach langer politischer Auseinandersetzung den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zum kontrollierten Umgang mit Cannabis“ gebilligt. Mit dem Gesetz soll Erwachsenen künftig der Besitz von bis zu 50 Gramm Cannabis für den Eigenkonsum im privaten Raum erlaubt werden. Im öffentlichen Raum soll die Höchstgrenze bei 25 Gramm liegen. Die geplante Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken sollte nach Ansicht der AfD-Fraktion jedoch aufgegeben werden. Zugleich sollte für das Medizinalcannabis eine wissenschaftliche Nutzenbewertung eingeleitet werden, hieß es in einem entsprechenden Antrag der Fraktion. Bei der geplanten Legalisierung von Cannabis werde die Gefahr, die für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren ausgehe, unterschätzt. Die Adoleszenz stelle eine entscheidende Phase in der Entwicklung des Gehirns dar. Untersuchungen deuteten darauf hin, dass sich der Konsum von Cannabis nachteilig auf die Reifung von Nervenzellen und Nervenverbindungen auswirken könne. Insbesondere bei regelmäßigem Cannabiskonsum in der Jugend bestehe das Risiko einer Beeinträchtigung der kognitiven Fähigkeiten bis hin zu einem erhöhten Risiko für Depressionen oder Suizidgedanken. Medizinalcannabis genieße in der Bevölkerung einen guten Ruf, es sei aber kein Wundermittel. Ein Verfahren nach dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) würde das Medizinalcannabis entmystifizieren, indem es ergebnisoffen Nutzen sowie Risiken objektiviere und den Erstattungspreis senke. Die Abgeordneten forderten in ihrem Antrag, die Pläne zur Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken vollständig aufzugeben und Medizinalcannabis dem AMNOG-Verfahren zur Nutzenbewertung und Preisfindung von Arzneimitteln zu unterziehen.

Aktuelle Stunde - Scharfer Disput über Meinungsfreiheit in Deutschland

Die AfD hält die Meinungsfreiheit in Deutschland durch staatliche Übergriffe für gefährdet.

Bei einer von seiner Fraktion beantragten Aktuellen Stunde am Freitag sprach Dr. Gottfried Curio (AfD) von einem Etikettenschwindel durch das „fälschlich sogenannte Demokratiefördergesetz“. Davon würden links-grüne Organisationen profitieren, „aber sicher nicht die Demokratie“. Die Regierung wähle die Vereine selbst aus und mäste sie mit Steuermillionen, „um sich selbst als Stichwort- und Auftraggeber der medialen Verleumdungskampagnen unsichtbar zu machen“. Zivilgesellschaft, so Curio, sei ein Tarnbegriff für staatlich organisierte Vorfeldorganisationen linker Parteien. „Eine echte Zivilgesellschaft würde einen entstehenden Obrigkeitsstaat verhindern wollen“, sagte der AfD-Abgeordnete. Auch die geplante Bekämpfung von „ausdrücklich nicht strafrechtlich relevanten Meinungen“ sei verfassungswidrig. Was zu bekämpfender Hass sei, wolle die Regierung freihändig aus dem Spektrum der gesetzlich garantierten Meinungsfreiheit herausfiltern lassen. „Die Verfassungsfeinde sitzen im Familienministerium und im Innenministerium“, sagte Curio.



Vermittlungsausschuss Vorbereitung



Vermittlungsausschuss



Schlussdienst Plenum



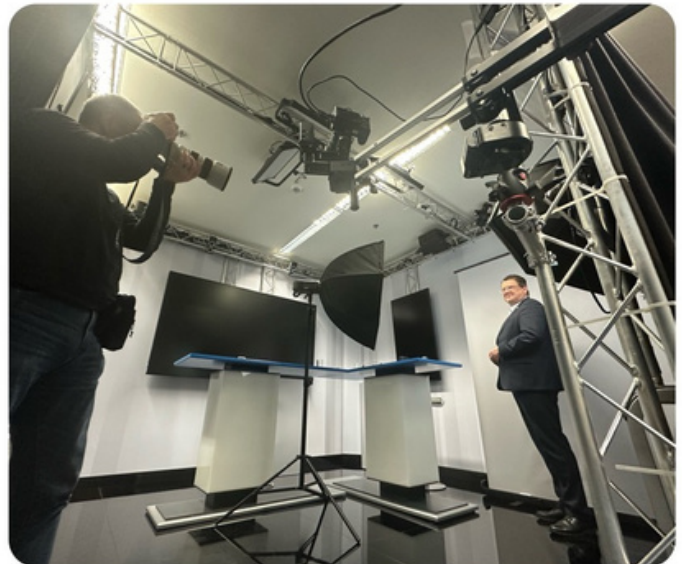
Phoenixrunde



STEPHAN BRANDNER

10

Fototermin für die die Fraktion



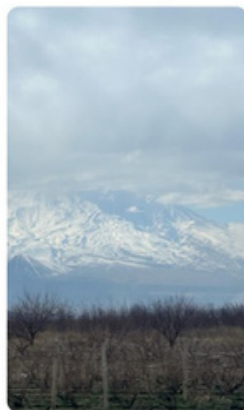
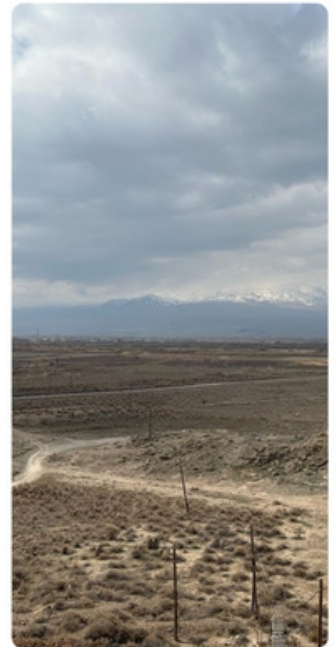
**STEPHAN
BRANDNER**

Landesparteitag NRW



STEPHAN BRANDNER

Reise des Rechtsausschusses: Erewan



PIC•COLLAGE



STEPHAN BRANDNER

Termine

BÜRGERABEND
5. MÄRZ 24 | 18³⁰ UHR
ERFURT | BRAUKELLER

NEUES AUS DEM BUNDESTAG

mit Stephan Brandner (MdB)



AfD
KREISVERBAND MITTELHÜRINGEN

23.03.2024 19 Uhr



Dr. Alice Weidel



Dr. Maximilian Krah



Tino Chrupalla



Stephan Brandner



Christine Anderson

Harmonie Heilbronn **AfD**
Allee 28, 74072 Heilbronn

BÜRGER FRAGEN SIE IHREN BUNDESTAGSABGEORDNETEN!
GESPRÄCH



mit den Abgeordneten Stephan Brandner und Prof. Dr. Michael Kaufmann **5 für Thüringen**

7. März | 18.30 Uhr
Holzlandsaal | Jenaer Str.1
07639 Bad Klosterlausnitz



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Sprechstunde



März
7

Wahlkreisbüro
Gera

Anmeldung unter stephan.brandner.ma04@bundestag.de

AfD

BÜRGER FRAGEN SIE IHREN BUNDESTAGSABGEORDNETEN!
GESPRÄCH



mit den Abgeordneten Jörg Schneider, Stephan Brandner und Prof. Michael Kaufmann **5 für Thüringen**

8. März | 19.00 Uhr
Kulturhof Kosma | Hauptstraße 16
04600 Altenburg OT Kosma



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



STEPHAN BRANDNER

14

Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Di bis Do: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Do und Fr: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Mo und Mi: 10-17
Uhr**



Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Mo und Do: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Sömmerda








Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do: 10-14 Uhr



Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner



**Sie haben Fragen
an mich?**

Schnell über
www.abgeordnetenwatch.de
stellen und auch andere davon
profitieren lassen!

www.stephan-brandner.de

Alternative
in
Deutschland

